

Sie haben offenbar nicht richtig gelesen. Denn sonst wüssten Sie, dass in dem Gutachten von PwC von einem Zeitraum von 2010 bis 2020 die Rede ist. Sie wollen das Einsparpotenzial aber innerhalb von fünf Jahren abschöpfen. Das nenne ich unseriös.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und dann tun Sie auch noch so, als wenn das nicht zu Auswirkungen im Bereich der Schulen führen würde. Das ist nicht die Realität.

Auch zum Thema Schulverwaltungsassistenten muss man sich das Konzept wirklich noch einmal genauer angucken. Sie wollen 600 Assistenten für 1,5 Millionen € bezahlen. Wenn es klappen würde, wäre es genial. Aber ich frage mich nur: Wo kommen die Menschen her? Und wie sollen sie angemessen bezahlt werden? Ein Schulverwaltungsassistent verursacht einen Besoldungsaufwand zwischen 30.000 € und 40.000 € pro Jahr. Ihre Rechnung würde dazu führen, dass sie sich mit 5.000 € zufriedengeben müssten. Also, das stimmt vorne und hinten nicht.

Auf die Demografiequote von 1,5 %, die Sie zur Begrenzung der Personalausgaben im Einzelplan 20 ausbringen wollen, kommen Sie jedenfalls nicht. Diese Ersparnis schöpfen Sie ja schon in Ihrem Sanierungskonzept ab. Ihre Idee mit den Schulverwaltungsassistenten gehört also ins Reich der Fantasie. Sie hilft uns bei der Sanierung des Haushaltes überhaupt nicht.

Wenn Sie Stellen abbauen, sagen Sie nicht, was Sie nicht realisieren wollen: die Leitungszeit? Was ist mit der Inklusion? Oder wollen Sie ernsthaft die Vereinbarung zum Schulkonsens aufkündigen, meine Damen und Herren von der CDU?

Gleiches gilt für die Förderprogramme. Auch das wäre schmerzhaft. Das wäre die Ersatzschulfinanzierung, das wäre der offene Ganztags. Auch bei den sächlichen Mitteln würde das zu Einsparungen führen, die wiederum die Reisekosten treffen würden.

Die CDU macht abstrakte Vorschläge – das klingt gut –, Rasenmäher-Vorschläge, die aber, wenn man sie im Schulhaushalt konkret umsetzen würde, zu schweren Beeinträchtigungen der schulischen Arbeit führen würden.

Ich betone noch einmal: Wir haben einen Haushaltsentwurf 2013 für die Schulen, die die Verabredungen des Schulkonsenses und der Bildungskonferenz umsetzt. Es wäre gut, wenn dieser Haushalt eine breite Zustimmung fände. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 05 liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Ende der Beratung dieses Einzelplanes gelangt. Die **Beschlussfassung** über den Ein-

zelplan wie auch über den damit in Verbindung gestellten CDU-Antrag Drucksache 16/2036 wird gemäß Vereinbarung der Fraktionen **nach 14 Uhr** erfolgen.

Wir treten damit ein in die Beratung von:

### **Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2106.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Berger, der es offensichtlich gar nicht erwarten kann, hiermit gerne das Wort. Bitte schön, Herr Berger.

**Dr. Stefan Berger (CDU):** Vielen Dank, Herr Präsident! Wir diskutieren jetzt den Einzelplan 06: Wissenschaft und Forschung. Ich will eingangs festhalten und anerkennen, dass der Haushalt des Einzelplans Wissenschaft und Forschung mit einem Volumen von 7,4 Milliarden € einen historischen Höchststand aufweist.

(Beifall von den GRÜNEN und Nadja Lüders [SPD])

Mit einem Plus von 766 Millionen € ist das in der Tat der höchste Zuwachs beim Einzelplan 06 in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. So weit, so gut.

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE])

Aber das ist auch schon das Ende der guten Nachrichten, denn dieser Haushalt ist nicht Ausdruck eines politisch konsequenten Handelns; er ist nicht geprägt von dem Willen beispielsweise zu einer Innovationsstrategie. Er ist schlicht und ergreifend Ausdruck davon, dass Sie den Problemen hinterherlaufen.

Der doppelte Abiturjahrgang steht vor der Tür. Wir erwarten wiederum, wie im letzten Semester auch schon, weit über 100.000 Studienanfänger zum Wintersemester. Wie viele es genau werden, lässt sich noch nicht sagen. Klar ist wohl allen: Es werden mehr denn je. All diese Studienanfänger treffen hier bei uns in Nordrhein-Westfalen auf denkbar ungünstige Umstände.

Rot-Grün hat konsequente Hilfestellung bisher nicht geleistet. Ein Blick auf die Wohnheimplätze verdeutlicht dies: Ganze 593 werden in Nordrhein-Westfalen gebaut, 593 Wohnheimplätze! In Baden-Württemberg sind es über 3.000. Nordrhein-Westfalen hat, wenn man es weiter betrachtet, das schlechteste Professoren-Studierenden-Verhältnis pro Kopf in Deutschland. In Baden-Württemberg kommen 47 Studierende auf einen Professor, in Bayern kom-

men 51 Studenten auf einen Professor. Im Schnitt kommen in Deutschland 56 Studierende auf einen Professor. Aber bei uns in Nordrhein-Westfalen kommen 70 Studierende auf einen Professor.

Frau Schulze, ich sage Ihnen an dieser Stelle: Ob es um die Professoren-Relation geht, ob es um Wohnheime geht: Sie lassen die Studienanfänger im Stich!

(Beifall von der CDU)

Alle entscheidenden Leistungen zum positiven Umgang mit dem doppelten Abiturjahrgang stammen noch aus der Zeit von Herrn Pinkwart wie zum Beispiel das Fachhochschulausbauprogramm oder das Hochschulmodernisierungsprogramm. Lediglich die von Ihnen hektisch vorgezogenen Gelder des Hochschulpaktes II sind eine eigene politische Entscheidung. Davon werden ohnehin 50 % vom Bund aufgebracht. Fraglich ist zudem, welche Wirkungen das Verbraten all dieser Gelder in den nächsten Jahren haben wird, denn in den nächsten Jahren sind die Studierenden des doppelten Abiturjahrgangs ebenfalls noch an unseren Hochschulen vertreten.

Von daher halten wir dieses Manöver, das Sie da durchführen, im ersten Moment vielleicht für eine hilflose Reaktion. Langfristig erreichen Sie aber damit aber keine positiven Wirkungen.

Wenn man so will, sind die einzigen rot-grünen Schwerpunkte, die Sie in diesen Haushalt setzen, eine Ausweitung des „Gender and Diversity“-Themas und die Einrichtung einer sogenannten Initiative „Fortschritt NRW“. Das ist alles. Der Rest läuft weiter wie bisher.

Niemand weiß jetzt allerdings – wenn man sich Initiative „Fortschritt NRW“ genauer ansieht –, auf der Grundlage welchen Leistungskatalogs und welcher Basis Projektgelder für die Initiative vergeben werden sollen. Daher gibt es für uns auch keinen Grund, jetzt Gelder für eine Initiative einzustellen, deren Verausgabungsgrundlage noch gar nicht geklärt ist.

Wir glauben, dass diese beiden Punkte – „Gender and Diversity“ und die Initiative „Fortschritt NRW“ – nicht geeignet sind, den Herausforderungen der kommenden Jahre wirksam entgegenzutreten. Das Geld hätten Sie besser für das wertvolle Professorenrückkehrprogramm eingesetzt, das Sie heute Morgen in der Presseveröffentlichung noch so gelobt haben. Da gehört das Geld hin – und nicht in Ihre Spielwiesen, die ohnehin keiner nachvollziehen kann.

Das alles würde schon reichen, den Haushaltsentwurf abzulehnen. Es kommt aber noch eine Fülle von weiteren Ablehnungsgründen hinzu. Sie verzichten – auch auf dieses Thema muss man wieder zu sprechen kommen – in Ihrem Haushaltsentwurf auf Studienbeiträge. Aus dem Landeshaushalt er-

setzen Sie 249 Millionen €. Sie müssten aber, wenn Studienbeiträge nach unserem alten Modell in Nordrhein-Westfalen noch Geltung hätten, weit über 300 Millionen € einsetzen. Damit enthalten Sie den Universitäten bzw. den Hochschulen 50 Millionen € pro Jahr vor. Rot-Grün hat damit ein Wahlversprechen gebrochen. Vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs wiegt das nur umso schwerer.

(Beifall von der CDU)

Wenn man wissen will, wie man Studienbeiträge richtig abschafft –, wenn man sie denn abschaffen will, muss man es richtig machen –,

(Karl Schultheis [SPD]: Sie sind abgeschafft!)

schauen Sie doch einmal nach Bayern! Dort werden Studiengebühren vollständig ersetzt. Dort erhalten Hochschulen mehrere Hundert Millionen Euro zusätzlich für Lehre und Forschung. Für die Hochschulen dort wird eine echte Perspektive entstehen. Bayern nutzt das Abschaffen der Studienbeiträge für den Aufbau von Perspektiven. In Nordrhein-Westfalen ist Trostlosigkeit entstanden.

(Beifall von der CDU)

Bayern kann sich übrigens – das ist ein wesentlicher Unterschied zu unserem Bundesland – einen Verzicht auf Studiengebühren leisten, Nordrhein-Westfalen hingegen nicht. Nordrhein-Westfalen hat 22 % der Einwohner Deutschlands, aber von der jährlichen Neuverschuldung aller Länder nimmt Nordrhein-Westfalen 60 % in Anspruch. Wer sich so wie Sie verschuldet und dann auch noch auf Studienbeiträge bzw. auf Einnahmen verzichten will, benachteiligt kommende Generationen.

(Beifall von der CDU)

Die Landesregierung hat jetzt schriftlich mitgeteilt, dass keine Fälle bekannt sind, in denen Hochschulen unverantwortlich mit Steuergeldern umgegangen sind. Für mich ist klar: Hochschulen gehen verantwortlich mit den Geldern des Landes um. Sie treffen gute Entscheidungen, und sie dokumentieren ihr Handeln. Unsere Hochschulen verdienen Vertrauen. Sie, Frau Schulze, misstrauen unseren Hochschulen. Sie behaupten, es gebe einen angeblichen Blindflug bei der Mittelverwendung der Hochschulen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Sie sagen die Unwahrheit. Es existiert eine Fülle von Möglichkeiten, sich ein Bild über die Hochschulfinanzen zu machen. Ich nenne den Landeshaushalt, den Wirtschaftsplan, den testierten Jahresabschluss, Verwendungsnachweise, die Berichte des Landesrechnungshofs und Ihre Position im Ministerium ohnehin.

Ihr Vorgänger, Herr Pinkwart, hat – genauso wie Sie – immer Informationsmöglichkeiten gehabt. Er hat sie auch genutzt. Herr Pinkwart wusste immer bestens über die Situation der Hochschulen Bescheid. Wenn Sie über diese Fähigkeiten nicht verfügen, sind Sie wirklich fehl am Platze.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In der vergangenen Woche hat die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen Ihren Plänen des Hochschulermündigungsgesetzes eine Absage erteilt. Das war für Sie, Frau Schulze, eine deftige öffentliche Ohrfeige. Es gibt keinen ernstzunehmenden Verband, keine ernstzunehmende Gruppe, die Ihren Plänen folgen will. Sie wollen mehr Einfluss auf die Mittelverwendung bei den Hochschulen vor Ort. Ich sage Ihnen: Sie wollen auch noch politische Kontrolle.

Jeder hier im Haus müsste wissen, dass die Hochschulen vor Ort logischerweise viel besser wissen, wofür sie ihre Mittel im Einzelnen verwenden. Kein Abgeordneter in diesem Haus ist schlauer als die Professoren vor Ort.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Das ist doch nicht der Punkt, Herr Schultheis. Sie wollen sie politisch gängeln, Sie wollen vorschreiben, worüber geforscht werden soll. Das ist Ihr eigentliches Anliegen mit diesem Gesetzentwurf.

(Beifall von der CDU)

Genauso wichtig wie Geld ist für die Hochschulen natürlich Freiheit. Rot-Grün will mit perfiden Argumentationen – alle Verbände haben diese widerlegt –, mit falschen und auch mit dummdreisten Behauptungen über einen finanziellen Blindflug ein System errichten, in dem die Politik sagt, wo es langzugehen hat. Sie wollen vorschreiben, worüber in Nordrhein-Westfalen geforscht und gelehrt werden soll. Ich sage Ihnen aber: Außer rot-grünen Wissenschaftsdiktatoren will das niemand in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Lachen von Dietmar Bell [SPD])

Wir werden Widerstand gegen Ihr geplantes Hochschulermündigungsgesetz leisten.

Um das alles zum Abschluss zu bringen: In der vergangenen Woche hat der „Spiegel“ bundesweit Professoren aufgefordert, die Arbeit der Wissenschaftsminister zu bewerten. Manchmal geht es auch andersherum. Frau Schulze – wir haben es gerade gehört –, Sie stehen im Mittelpunkt einer geballten Kritik der nordrhein-westfälischen Verbände. Zudem waren Ihre Äußerungen zu Atomkugeln ohnehin schon einmal Gegenstand eines Untersuchungsausschusses. Bestnoten in der Bewertung waren also von vornherein sowieso nicht zu erwarten.

(Lachen von Dietmar Bell [SPD])

An den nordrhein-westfälischen Hochschulen – das wissen alle, die eine Hochschule besucht haben – ist man beim Überschreiten der Note 4,3 endgültig gescheitert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Das habe ich im Ausschuss auch schon gesagt. – Die Professorenschaft der Bundesrepublik hat Frau Schulze mit der Note 4,09 bewertet und auf Platz 11 gesetzt. Damit ist aus berufenem Munde schwarz auf weiß belegt: Frau Schulze steht knapp vor dem endgültigen Scheitern. Das steht auch stellvertretend für die gesamte Hochschulpolitik in diesem Land.

Von daher lehnen wir den Haushalt ab und fordern einen Politikwechsel. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Schultheis.

**Karl Schultheis (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es erwischt uns zwar immer wieder in der Mittagspause, aber nichtsdestotrotz, Herr Dr. Berger, zunächst einmal zu Ihnen und insbesondere zur Bewertung Ihrer Änderungsanträge.

Sie haben für morgen eine Aktuelle Stunde zum Thema „Hochschulen am Limit ...“ beantragt. Ich habe das Gefühl, dass bei Ihnen die politischen Synapsen nicht funktionieren.

(Beifall von der SPD)

Das, was Sie heute vorgetragen haben und morgen diskutieren wollen, steht auf keinen Fall in einem logischen Zusammenhang.

Zu Ihren Änderungsanträgen, die Sie auf den Weg gebracht haben: Sie haben im Haushalts- und Finanzausschuss beantragt, die Qualitätsverbesserungsmittel von 249 Millionen € zu streichen.

(Widerspruch von Dr. Stefan Berger [CDU])

– Die sind dann im kommenden Jahr für die Hochschulen weg. Es sei denn, Sie würden gleichzeitig einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung von Studiengebühren auf den Weg bringen.

(Zustimmung von Dr. Stefan Berger [CDU])

– Wo ist der Antrag denn? – Die CDU hat schon im Wahlkampf eine Wackelpartie hingelegt, einmal für und einmal gegen Studiengebühren. Sie haben jetzt das Alleinstellungsmerkmal in der Republik, dass Sie nach wie vor für Studiengebühren sind.

Aber wenn man so etwas – ich gestehe Ihnen das als Opposition zu, weil das Ihr gutes Recht ist – schon will, streiche ich nicht 249 Millionen €, die ich damit den Hochschulen wegnehme, beklage aber gleichzeitig, dass die Hochschulen zu wenig Geld haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das, was Sie hier vortragen, ist doch absurd!

In Ihrem zweiten Änderungsantrag geht es um das Gender-Programm. Das ist eines Ihrer Lieblingsthemen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ihre Vorstellungen dazu bewegen sich im Plusquamperfekt, wenn ich es einmal grammatikalisch beschreiben sollte, das heißt in der abgeschlossenen Vergangenheit. Um es noch einfacher zu sagen: Das, was Sie zu diesem Thema vortragen, ist von vorgestern.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Sie wissen genau, dass gerade die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass wir den Fachkräftemangel auf allen Ebenen dieser Gesellschaft bekämpfen können. Aber Sie wählen immer dieses für unsere Hochschulen so wichtige Thema aus, um hier – „Politik“ kann man es nicht nennen – einen Punkt machen zu wollen. Das ist Unfug. Wir haben es mit folgender Situation zu tun: Während es mehr als 50 % Absolventinnen sind, die die Hochschulen verlassen, liegt der Professorinnenanteil nach wie vor unter 20 %. Wir wollen nicht noch ein halbes Jahrhundert warten, bis sich diese Situation verbessert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –  
Dietmar Bell [SPD]: Dr. Berger doch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Dr. Berger, kommen wir zur Forschungsstrategie „Fortschritt NRW“. Dort wollen Sie 10 Millionen € Forschungsmittel kürzen. Die fehlen damit den Hochschulen schlussendlich, um im Bereich von Forschung und Lehre tätig werden zu können. Was für eine Logik ist das, wenn Sie gleichzeitig sagen, dass sich die Hochschulen am Limit bewegen. Zu dieser Forschungsstrategie gibt es ausführliche Ausführungen der Ministerin. Dazu hat es einen großen Workshop gegeben. Diese Initiative dient doch dazu, gerade die Fragestellungen unserer Zeit zu beantworten.

Wir diskutieren über die Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften. Dazu brauchen wir Forschungskompetenz, die wir in NRW haben. Dazu brauchen wir neue Lösungen. Auf Herrn Altmaier können wir uns ja nicht verlassen. Das ist leider so.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer Ihre Anträge bewerten muss, kann wirklich feststellen: Das ist die absolute Bankrotterklärung der Wissenschafts- und Hochschulpolitik der NRW-CDU. Da ist nichts dran. Da fehlt jegliche Perspektive. Es ist reines Gemeckere.

Das, was Sie zu Beginn Ihres Redebeitrags formuliert haben, ist in der Tat richtig. Der Forschungs- und Wissenschaftshaushalt ist der größte, den NRW je gehabt hat. Die Steigerung beträgt 11,5 % und kann sich im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut sehen lassen. Gerade der Ausbau der Lehr- und Studienkapazitäten für den doppelten Abiturjahrgang ist ein Schwerpunkt: Im Jahr 2013 wird

es 1 Milliarde € für diese Aufgabenstellung mehr geben.

Der von Ihnen so hoch gelobte Kollege Andreas Pinkwart, der Vorgänger von Frau Ministerin Schulze, hat gesagt: Ich stimme in der Einschätzung mit Frau Schulze überein, dass die Hochschulen in NRW auf diese Aufgabe gut vorbereitet sind. – Lesen Sie einmal im „Bonner General-Anzeiger“ nach. Das hat Herr Pinkwart dort geäußert.

(Dietmar Bell [SPD]: Hört, hört!)

Ich habe Andreas Pinkwart auch immer geschätzt. Im Gegensatz zu Ihnen hat die SPD-Fraktion dort, wo richtige Politik gemacht wurde, Ihren Wissenschaftsminister auch als Opposition unterstützt. Das verweigern Sie hier in diesem Raum.

Wenn es den doppelten Abiturjahrgang in den nächsten Jahren abzusichern gilt, dann geht es darum, dass der Bund zusätzliches Geld zur Verfügung stellen muss, damit der Deckel zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze angehoben wird. Ich muss sagen: Frau Schavan war schon ein Stück weiter als die jetzige Bildungsministerin in Berlin, Frau Wanka. Es wäre Ihre Aufgabe auch aus der Opposition heraus, in Berlin für Nordrhein-Westfalen gute Politik zu machen.

Aber Sie verweigern sich oder Sie haben überhaupt keine Kontakte. Ich weiß ja auch nicht, was Ihr Landesvorsitzender, den man hier selten sieht, macht und welche Kontakte er nutzen könnte, meine Damen und Herren.

Noch einmal: Die Äußerungen, die Sie hier zum Haushalt getroffen haben, sind richtig. Die Hochschulen haben Globalhaushalte in einem Umfang wie noch nie: 4,4 Milliarden €. – Ich füge hinzu, dass die Hochschulvereinbarung 2015, die unseren Hochschulen Planungssicherheit gibt, ganz wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass unsere Hochschulen vernünftig wirtschaften können.

Meine Damen und Herren, Sie erkennen: Die SPD-Fraktion unterstützt die erfolgreiche Politik von Frau Ministerin Schulze. Auf diesem Weg werden wir weitermachen und Ihren Irrführungen und Äußerungen zu der Situation an unseren Hochschulen und in den Verbänden nicht folgen. Die Welt sieht anders aus. Die Welt ist nicht so, wie Sie sie für sich interpretieren, Herr Dr. Berger. Man weiß zwar, wo man wohnt, aber man sollte auch wissen, wo man lebt. – Herzlich Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Beratung des Einzelplans für Innovation, Wissenschaft und Forschung geht es nicht nur um ein hohes Etatvolumen, sondern auch um ein wichtiges Anliegen der Landespolitik.

Unsere Gesellschaft, unser Wohlstand, unsere Wirtschaftskraft, Arbeit und Beschäftigung hängen in besonderem Maße auch von der Innovationskraft der hier lebenden und arbeitenden Menschen ab. In unseren Schulen, aber in besonderer Weise auch an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen und müssen talentierte Menschen die Möglichkeit haben, ihre Kreativität und ihre Innovationskraft auszubilden. Jeder, der hieran konstruktiv mitwirkt – auch eine sozialdemokratische Ministerin –, wird beim Arbeiten auf dieses Ziel hin die Unterstützung der FDP-Fraktion erhalten.

Hier ist gerade schon darauf hingewiesen worden, dass wir für diesen Bereich mit 7,4 Milliarden € eine erneute Steigerung des Haushaltsansatzes verzeichnen können und dass damit auch die von CDU und FDP seinerzeit begonnene Etatentwicklung weiter fortgesetzt wird. Der Haushaltsansatz hat von 2007 bis heute eine Steigerung um 25 % erfahren, und dennoch erleben wir – ich will es mal verhalten ausdrücken – kaum Begeisterungstürme bei den Beteiligten. Bei genauem Hinsehen wird auch klar, warum.

Bereinigt um die unzureichenden Mittel anstelle der abgeschafften Studienbeiträge und bereinigt um die Bundeszuweisungen für den doppelten Abiturjahrgang müssen wir im Ergebnis feststellen, dass es trotz Rekordstudierendenzahlen kaum Haushaltssteigerungen gibt. Das verdeutlicht ein Blick auf einige, hier exemplarisch genannte Globalhaushalte. Beispielsweise verzeichnet der Globalhaushalt 2013 für die RWTH Aachen bei einer Zunahme von 2.143 Studierenden bzw. 6 % mehr binnen eines Jahres – das wird im Zuge des doppelten Abiturjahrgangs sicherlich noch mehr – ganze 0,4 % Steigerung. Das reicht nicht einmal aus, um die Inflation auszugleichen. Anmerkung: Die Inflation war für 2012 mit 2 % anzusetzen, und insbesondere die hohen Energiekosten sind mit dem Aufwuchs der Globalhaushalte kaum auszugleichen.

Bei der Universität Köln gilt das Gleiche: Es sind über 3.600 Studierende bzw. 7,5 % mehr, aber die vorgesehenen Grundmittel steigen nur um 0,7 %. Die Uni Wuppertal muss bei einem Aufwuchs der Studierenden um 5 % sogar eine Absenkung der Globalmittel um rund 3 % hinnehmen. Deswegen darf es auch nicht verwundern, wenn die Landesrektoren von Mangelverwaltung sprechen.

Meine Damen und Herren, Rot-Grün mit Unterstützung der Linken haben hier seinerzeit den Universitäten die Möglichkeiten genommen, mit Studienbeiträgen in die Qualitätsverbesserung zu investieren. Angeblich sollten dann die dadurch wegfallenden

Mittel ersetzt bzw. kompensiert werden. Diese sogenannten Kompensationsmittel – das sind die genannten 249 Millionen € – haben jedoch keine Anpassung an diese Entwicklung der Studierendenzahlen erfahren.

Der Studierendenaufwuchs ist dynamisch. Der Mittelteil, also der Maßstab zur Verteilung dieser Mittel, ist ebenfalls dynamisch. Statisch ist nur die Summe der zu verteilenden Mittel. Und das, Herr Kollege Schultheis, ist das, was wir hier zu völliger Berechtigung kritisieren. Da ist Verlogenheit Ihrerseits im Spiel.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Qualitätsausbau fällt wegen „Ist nicht“ aus. Das rot-grüne Motto lautet: Lieber Mangelverwaltung als Qualitätsverbesserung.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Entschuldigung.

**Angela Freimuth (FDP):** Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfragen zulassen. Ich möchte das im Zusammenhang vortragen.

Ich darf das für die gerade schon erwähnten Hochschulen noch einmal beispielhaft belegen. RWTH Aachen: 2.200 Studierende mehr, stagnierende Grundmittel, 2012 Einnahmeverluste wegen unzureichender Kompensation des Wegfalls der Studienbeiträge in Höhe von 4 Millionen €. Uni Köln: 3.600 Studierende mehr, stagnierende Grundmittel, Einnahmeverluste in Höhe von 3,5 Millionen € im Vergleich zur Entwicklung mit Studienbeiträgen. Uni Wuppertal: knapp 1.000 Studierende mehr bei sinkenden Grundmitteln, Einnahmeverluste in Höhe von 1,4 Millionen €.

Der Blick auf die Gesamtzahlen macht es noch deutlicher: Die Hochschulen rechnen im Zusammenhang mit dem doppelten Abiturjahrgang mit einer Finanzierungslücke in Höhe von 50 Millionen €. Das, meine Damen und Herren, ist der Punkt, den wir zu Recht kritisieren. Ihr Projekt führt dazu, dass es an den Hochschulen die Möglichkeiten, Qualität auszubauen, nicht so gibt, wie es sie gäbe, wenn die Universitäten weiterhin Studienbeiträge verwenden könnten.

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin verlangt an anderer Stelle eine Nachberechnung

(Karl Schultheis [SPD]: Ihr mathematisches Modell ist unzureichend, Frau Freimuth!)

aufgrund der stark gestiegenen Studierendenzahlen. Nur für ihren eigenen Verantwortungsbereich, also da, wo sie unmittelbar ein Versprechen gegenüber den Hochschulen dieses Landes abgegeben hat, verweigert sie diese den Hochschulen. Diese Doppelmoral lassen wir ihr so nicht durchgehen.

(Karl Schultheis [SPD]: Lassen Sie die Moral aus dem Spiel!)

Meine Damen und Herren, es hat doch seinen Grund, dass sich andere Bundesländer nicht an diesem nordrhein-westfälischen Modell orientieren. Denn jeder weiß, dass hier ein Geschäft zulasten der nordrhein-westfälischen Hochschulen und der Qualität abgeschlossen wurde.

Ich will noch eine Anmerkung machen. Ich habe mich gerade gewundert, dass es nicht angesprochen wurde, aber es wird auch an anderer Stelle angesprochen. Ich meine die Streichung der Zuschüsse für die Pharmazeutisch-Technischen Assistenten. Hier muss man doch einfach fragen: Wieso ist es einer PTA zuzumuten, ihre Ausbildung weitestgehend selbst zu finanzieren, während der Apotheker nicht einmal einen geringen Umfang dazu beitragen muss?

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist nicht die Fairnessdebatte, die wir an dieser Stelle brauchen.

Ich will durchaus zugestehen: Unsere Gesellschaft profitiert an ganz vielen Stellen von Menschen mit akademischer Ausbildung. Aber auch der Akademiker profitiert ganz individuell mit überdurchschnittlichen Einkommensmöglichkeiten von seinem Studium und seinem Abschluss.

Ich will es noch einmal in aller Deutlichkeit unterstreichen, weil wir hier an dieser Stelle als FDP immer eine klare Position hatten:

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Wie in Bayern!)

Unsere Haltung zu Studienbeiträgen ist nicht ideologisch, sondern das Ergebnis eines Abwägungsprozesses, verbunden mit dem Ziel, unseren Studierenden gute Qualität und ein zügiges, erfolgreiches Studium zu ermöglichen. Weil Bayern ja gerade schon erwähnt wurde, muss man eben auch der Lauterkeit halber darauf hinweisen, dass sich Bayern eine andere finanzpolitische Ausgangssituation erarbeitet hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Deswegen bilden wir hier die Ingenieure für Bayern aus!)

Wäre unser Haushalt in Nordrhein-Westfalen konsolidiert und nicht so marode, wie er es aufgrund jahrzehntelanger sozialdemokratischer Politik nun tatsächlich ist, könnte man auch die Diskussion über die Frage einer Studienqualitätsfinanzierung anders führen. Aber hier ist die Politik eben leider in der Tat eine andere.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir werden einmal abwarten, welche Pirouetten Sie noch vollführen, um die Vorgaben der „Schuldenbremse“ einzuhalten.

Was ich jedenfalls nicht nachvollziehen kann – das werden wir als FDP immer wieder kritisieren –, ist, dass es ein Mehr an Studierenden und gleichzeitig ein Weniger an Aufwand pro Studierenden gibt. Das kann keine Qualitätssteigerung sein.

**(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen einfach Wert auf bessere Bedingungen an unseren Hochschulen legen. Wenn wir so viele Studierende in unseren nordrhein-westfälischen Hochschulen haben, dann bestünde doch gerade jetzt die Notwendigkeit, mit Verlässlichkeit und Souveränität zu einer Verbesserung der Qualität und zu besseren Betreuungsrelationen beizutragen, damit den Studierenden tatsächlich Ansprechpartner zur Verfügung stehen – sei es bei den Professoren, sei es bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern. Aber: Fehl-anzeige!

Da wir Fragen der Hochschulautonomie und der Beschneidung der Hochschulfreiheit noch bei vielen Gelegenheiten diskutieren können, jetzt nur eine Anmerkung: Wenn ich in Zeitungen lese, dass zukünftig Hochschulen nach einem grünen Leitbild umgebaut werden sollen, dann frage ich mich allen Ernstes – einmal abgesehen davon, was auch immer sich dahinter genau versteckt –, zu was das führen soll, wie man dem Ziel „Innovationsland Nordrhein-Westfalen“ näherzukommen gedenkt.

Genannt werden immer wieder neue klangvolle Projekte. „Fortschritt NRW“ ist das eine. Was sich dahinter tatsächlich verbirgt, bleibt bis heute ein Rätsel. Andere erfolgreiche Ansätze werden dafür gekürzt.

Intransparenz kennzeichnet viele Haushaltsansätze, etwa bei der von Ihnen ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 66 Millionen € zur Erweiterung der Ausbildungskapazitäten für die Förderpädagogik. Meine Damen und Herren, wir sind uns alle einig, dass wir im Zuge unserer Inklusionsbestrebungen mehr Ausbildungsmöglichkeiten für die Förderpädagogik brauchen. Aber bei einer so hohen Verpflichtungsermächtigung müssen Sie doch ...

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Frau Kollegin, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Angela Freimuth (FDP):** Ich komme auch zum Schluss, Herr Präsident.

... Ihre Pläne darlegen, wie Sie zu dieser hohen Summe kommen, an welchen Hochschulen letztlich diese Studiengänge auf- und ausgebaut werden sollen und wie viele Studienplätze tatsächlich entstehen sollen. Da gibt es noch viele offene Fragen, aber keine zufriedenstellenden Antworten.

Ihre vorwärts gerichteten Visionen können wir leider nicht finden. Deswegen werden wir auch diesem

Einzelplan unsere Zustimmung verweigern müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Dr. Seidl.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Berger, wenn ich mir Ihre Einlassungen noch einmal vor Augen führe – nach Ihrer Aussage hätten wir das schlechteste Betreuungsverhältnis in ganz Deutschland –, dann bitte ich Sie, doch zur Kenntnis zu nehmen, dass NRW 25,2 % aller Studierenden und 24 % aller Studienanfängerinnen sowie 16,4 % aller Hochschulen in Deutschland hat. Allerdings beträgt der Anteil von NRW am Königsteiner Schlüssel 21 %. Somit finanziert NRW die anderen Bundesländer mit.

Wenn Sie das bedauern, dass wir in NRW ein ungünstiges Betreuungsverhältnis haben, dann kann ich Sie nur auffordern: Machen Sie sich bei ihren Leuten im Bund dafür stark, die Benachteiligung gegenüber anderen Bundesländern endlich zu beenden.

(Beifall von den GRÜNEN – Dr. Stefan Berger [CDU]: Sie rufen immer nach dem Bund! Egal was, alle anderen sind schuld!)

Wenn ich mir Ihre Änderungsanträge zum Haushalt genauer ansehe, dann offenbart die CDU-Fraktion darin wieder einmal ihre gesamte gesellschaftliche Rückständigkeit. Die CDU präsentiert sich als Partei der sozialen Ungerechtigkeit, als Partei der Geschlechterungerechtigkeit und als Partei einer rückwärtsgewandten Forschungsstrategie. Hierin beziehe ich die FDP-Fraktion gleich mit ein.

Es ist ja klar, dass Sie gegenüber einer Regierung, der Sie nicht angehören, eine kritische Oppositionspolitik machen müssen. Aber es ist mir absolut unverständlich, warum Sie dabei den Rückgriff in die hochschulpolitische Mottenkiste wählen müssen.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat in Sachen Innovationsfähigkeit auch im Bereich der Hochschulpolitik offensichtlich nichts dazugelernt. Es ist doch, wenn man sich die Entwicklung bundesweit ansieht, völlig anachronistisch, in Nordrhein-Westfalen die Studiengebühren wieder heraufzubeschwören. Anders kann Ihr Haushaltsantrag zur Rückführung der Qualitätsverbesserungsmittel ja kaum verstanden werden; denn schließlich haben ja Sie, Herr Berger, und die CDU-Fraktion darauf gepocht, die Kompensationsmittel für die Studiengebühren studierendenscharf aufwachsen zu lassen. Aber so richtig nach vorne preschen wollen Sie mit der Wiedereinführung der Campus-Maut dann wohl auch nicht.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Doch, das haben wir gefordert!)

Es wäre ja in der Tat auch superpeinlich, wenn man noch hinter die erzkonservative CSU in Bayern zurückfiele, die sich am vergangenen Wochenende, Frau Freimuth, zusammen mit einer schmollenden FDP von den Studiengebühren verabschiedet hat.

(Angela Freimuth [FDP]: Das ist nicht richtig!)

Warum hat in Bayern eine Kehrtwende um 180° stattgefunden? – Weil man natürlich auf ein Volksbegehren verzichten wollte. Studiengebühren, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sind vor dem Hintergrund von Bildungsgerechtigkeit im 21. Jahrhundert einfach nicht mehr zeitgemäß. Vor diesem Szenario sind die von Ihnen vorgeschlagenen Kürzungen ungerecht.

(Beifall von den GRÜNEN – Karlheinz Busen [FDP]: Sie sind sozial ungerecht!)

250 Millionen € weniger im Haushalt für unsere Studierenden, das ist doch kein ernst zu nehmender Vorschlag, und das konterkariert darüber hinaus Ihr ständiges Gejammer über die vermeintliche Unterfinanzierung der Hochschulen.

Herr Berger, Sie müssen sich schon entscheiden: Entweder Sie beantragen, die Studiengebühren wieder einzuführen, oder Sie beantragen eine Erhöhung der Qualitätsverbesserungsmittel, aber dann bitte verbunden mit einem entsprechenden Vorschlag, woher Sie das Geld nehmen wollen, ohne den Gesamthaushalt weiter zu belasten.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Was haben Sie denn vor drei Wochen gemacht?)

– Sie reden hier doch immer am meisten über die Schuldenbremse.

Wenn ich mir dann Ihren zweiten Kürzungsvorschlag, den bei der Frauenförderung, ansehe, dann stelle ich mir wiederum die Frage, in welchem Zeitalter die CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen eigentlich lebt. Die gesamte Wissenschafts-Community – DFG etc. – beklagt die unzureichende Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen an den Hochschulen und an den Forschungseinrichtungen, und nur Sie kommen jetzt auf die Idee, ausgerechnet die Mittel für die Gleichstellung an den Hochschulen um 2,5 Millionen € zu kürzen.

Das bedeutet die komplette Streichung der Mittel für die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen, die komplette Streichung der Mittel für das Netzwerk „Frauen- und Geschlechterforschung NRW“ und der Mittel für die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinika sowie die Streichung von Teilen des Landesprogramms „Geschlechtergerechte Hochschulen“.

Da kann ich nur sagen: Wer Gleichstellung an den Hochschulen will, liebe Kolleginnen und Kollegen,

kann doch nicht hingehen und die gesamte Infrastruktur der Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen einfach mal eben wegrasieren.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Die werden aus dem Topf aber nicht bezahlt!)

Geschlechtergerechtigkeit ist für die CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen offensichtlich immer noch ein Fremdwort.

Nun komme ich zu Ihrem dritten Haushaltsantrag, dem auf Streichung der Mittel für die Initiative „Fortschritt NRW“, deren Ziel es ist, Forschung und Innovation sowie die damit verbundene Lehre im Bereich nachhaltiger Entwicklung gezielt zu fördern. Herr Berger von der CDU-Fraktion und Frau Freimuth von der FDP-Fraktion haben im Ausschuss bereits gefragt, was man eigentlich unter Nachhaltigkeitsforschung verstehen sollte.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Nein, haben wir nicht!)

Bei aller Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Wer heute noch nicht weiß, vor welchen großen gesellschaftlichen Herausforderungen wir politische Konzepte entwerfen müssen, der hat auch sein politisches Mandat verfehlt. Mit den Mitteln aus der Initiative „Fortschritt NRW“ werden sowohl Projekte als auch Strukturen der Nachhaltigkeitsforschung gefördert. Es handelt sich um eine Förderplattform, die im Übrigen die Voraussetzungen schafft, an den aktuell in die gleiche Richtung weisenden Förderprogrammen im Bund und in der EU zu partizipieren.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Wo steht das? Woher wissen Sie das?)

Diese Mittel können auch zur Kofinanzierung des Ziel-2-Programms verwendet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Konzepten von vorgestern löst man nicht die Probleme von morgen. Während Herr Pinkwart zu Ihrer Regierungszeit noch die vierte Generation des Hochtemperaturreaktors erforschen wollte, stellen wir uns heute den Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende. Darum geht es in diesem Forschungsprogramm.

Wir wissen auch, dass ökologische, ökonomische und soziale Innovationen zusammen gedacht werden müssen, wenn es um einen qualitativ ausgerichteten Fortschrittsbegriff geht. Ein besonderer Schwerpunkt der Initiative „Fortschritt NRW“ liegt deshalb auf umsetzungsorientierten, auf technische und soziale Systeminnovationen ausgerichteten Forschungsvorhaben.

Herr Berger, Ihre Anträge zum Haushalt 2013 sind weder ein seriöser Beitrag zur Einlösung der Schuldenbremse, noch tragen sie auch nur ansatzweise dazu bei, die Hochschulen bei der Bewältigung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben zu unterstützen.

Frau Freimuth, der Mittelaufwuchs im Wissenschaftshaushalt beträgt satte 11,5 %. Das zeigt doch ganz deutlich, dass Wissenschaft und Forschung in unserem Landeshaushalt, verglichen mit den anderen Ressorts, oberste Priorität genießen.

Der weitaus überwiegende Teil dieser Mittel dient der Stärkung von Studium und Lehre an den Hochschulen sowie dem Ausbau und der Sanierung der Hochschulen. Ein weiterer Teil – plus 9,4 Millionen € – fließt in die Studentenwerke und in die Forschung.

Im Fokus stehen aber vor allen Dingen die vorgezogenen Mittel für den Hochschulpakt. Zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs, der in diesem Jahr die Hochschulen erreicht, stehen in 2013 sage und schreibe 530 Millionen € zusätzlich bereit. Wenn die Hochschulen jetzt sagen – und das nehme ich so wahr –: „Wir sind gut auf den doppelten Abiturjahrgang vorbereitet“, so ist das für uns ein schönes Signal und eine Bestätigung dafür, dass wir die vorhandenen Ressourcen im Sinne der jungen Menschen, die in diesem Jahr einen Studienplatz suchen, zielgerecht eingesetzt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Piratenfraktion ist Herr Dr. Paul der nächste Redner.

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN):** Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Bei dem, was wir bisher vernommen haben, sehen wir rot-grünes Bemühen plus schwarzgelbes Illusionstheater. Ob diese Mischung zu irgendetwas führt, will ich einmal dahingestellt sein lassen und mich hier seriös und jenseits der nackten Zahlen mit dem Einzelplan 06 beschäftigen.

Der Einzelplan 06 ist ein 470 Seiten starkes Dokument der versammelten Intransparenz. Die Globalhaushalte der einzelnen Hochschulen geben nur unzureichend Auskunft über die Verausgabung von Steuergeldern – und über die befinden wir hier. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir nicht infrage stellen wollen, dass Hochschulen verantwortungsvoll mit den öffentlichen Geldern umgehen. Aber sie sollten ihre Haushalte auch der Öffentlichkeit gegenüber erklären. Allein die Tatsache, dass das nicht geschieht, ist für uns Ablehnungsgrund für diesen Einzelplan.

Eines ist jedoch gewiss: Die Hochschulfinanzierung ist unzureichend und durch ihre marktpolitisch motivierten Steuerungsmechanismen auch noch ineffizient. Das Konstrukt der Ziel- und Leistungsvereinbarungen gehört auf den Prüfstand. Gerade die gesellschaftliche Frage, was Hochschule leisten muss, ist hierbei die entscheidende. Daher muss es in Zukunft wieder möglich sein, auch Zielvorgaben für die

Lösung von gesellschaftlichen Problemstellungen und Anreize dazu setzen zu können.

Das von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, vorgeschlagene Modell ist an dieser Stelle unzureichend. Mit Verlaub – Herr Präsident, ich möchte den Soziologen Ulrich Beck einmal zweckentfremden –: Bei Ihnen konkurrieren die Nichtlösungen von gestern mit den Nichtlösungen von vorgestern um eine ganz und gar aus dem Rahmen schlagende Zukunft.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind der Souverän auch über die hochschulpolitischen Ausrichtungen des Landes.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

– Herr Berger, ich weiß, dass Sie gerne einmal ein Update für Ihr Methodenportfolio haben möchten. Ich habe nur den Eindruck: Das passt nicht zu Ihrem parteipolitischen Betriebssystem.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Auch die leistungsorientierte Mittelvergabe als Steuerungselement hat sich nicht bewährt, weil Hochschulen, die einmal zu den Verlierern dieses Verteilungsmechanismus gehörten, dort einfach nicht mehr herauskommen.

Im „Tagesspiegel“ vom 25. Februar dieses Jahres rechnet der Präsident der Westfälischen Hochschule, Bernd Kriegesmann, vor, was passieren kann, wenn Gelder nach dem Leistungsprinzip verteilt werden. Seit 2005 sei sein Haushaltsbudget um 12 Millionen € gesunken, so Kriegesmann – allerdings nicht, weil die Fachhochschule in Gelsenkirchen schlecht gewirtschaftet hätte. „Wir haben unsere Absolventenzahlen sogar um 90 % gesteigert“, sagt Kriegesmann. Allerdings hatten andere Hochschulen, besonders im Raum Münster und Bonn-Rhein-Sieg, noch mehr Output. Dafür wurden sie vom Land Nordrhein-Westfalen durch Zuschüsse belohnt, die ihnen im folgenden Jahr halben, ihre Zahlen erneut zu erhöhen.

In Gelsenkirchen dagegen wurde der Grundbetrag gekürzt. Es sollte ja ein Ansporn bleiben, sich die Mittel im Wettkampf zurückzuholen. Dass die Fachhochschule von Anfang an mit schwierigen Bedingungen zu kämpfen hatte, wurde vom Bildungsministerium bei seiner Anreizpolitik laut Auffassung von Herrn Kriegesmann übersehen.

95 % der Studierenden an der Westfälischen Hochschule hätten keine akademischen Vorbilder. Viele studierten auch deshalb, weil sie zurzeit keine Arbeit fänden. Die Region sei insgesamt sozial schwächer. Auch die Unis Bochum und Essen gehörten zu den Verlierern der leistungsorientierten Mittelvergabe.

Dabei kann man sich wie Kriegesmann fragen: „Was ist eigentlich die größere Leistung: jemanden

aus einem Arzthaushalt oder aus schwierigem Umfeld zum Abschluss zu bringen?“

(Beifall von den PIRATEN)

Passt diese Entwicklung eigentlich noch zu dem Ziel „Wir wollen kein Kind zurücklassen“, Frau Ministerin Schulze?

Ebenfalls wichtig ist die Frage der freien Veröffentlichung von Forschungsergebnissen – ich komme zu einem anderen Punkt –, insbesondere wenn diese aus Steuergeldern finanziert sind.

Die Ausgangssituation dabei ist folgende – ich will versuchen, das ein wenig plastisch zu machen –: Unsere Gesellschaft entwickelt sich durch das Internet allmählich hin zu einer Gesellschaft, bei der Informationen von überall auf Abruf zeit- und ortsunabhängig bereitstehen. In vielen Zusammenhängen und Kontexten ist dies bereits vollzogen, nur beim wissenschaftlichen Publizieren verharrt es in den alten Strukturen.

Die wissenschaftlichen Publikationsverlage haben ohne Zweifel einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft als Vermittler zwischen Lesern und Autoren geleistet. Die Forschungsergebnisse werden von den Forschergruppen bei den Verlagen eingereicht, sie dienen als eine zentrale Anlaufstelle. Der Verlag übernimmt in diesem Fall die vermittelnde Rolle und sucht geeignete Wissenschaftler als Prüfstelle in einem sogenannten Peer-Review-Prozess aus. Die Verlage profitieren davon, dass die Beteiligten diesen Qualitätssicherungsprozess für die Wissenschaft entgeltfrei übernehmen. Wenn das Forschungs- oder Publikationsergebnis der Prüfung standhält, wird es in der nächsten gedruckten Ausgabe des gewünschten Journals veröffentlicht. Diese gedruckte Ausgabe wird den Urhebern und auch den Hochschulbibliotheken dann in einem Abonnement verkauft.

Viele Professoren an den Hochschulen sowie auch renommierte Forschungsinstitute sehen Open Access, den offenen Zugriff, als die Lösung für ein sehr akutes Problem an. Ökonomisch gesehen befindet sich nämlich das derzeitige Toll-Access-Modell in einer Todesspirale:

Sowohl die Gelder für Universitätsbibliotheken als auch das Budget für die einzelne Fakultät einer Hochschule stagnieren seit Jahren. Der Preisanstieg für die Journale und Fachzeitschriften aber bewirkt, dass viele Hochschulen nach und nach einzelne Journale abbestellen, worauf die Verlage die Preise für die verbleibenden Journale erhöhen. Wenn die Preise erhöht werden, wiederum bei einem stagnierenden Etat, werden noch mehr Journale abbestellt. Diese Entwicklung ist absolut wissenschaftsfeindlich.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn Wissenschaft ist vor allem eins: Kommunikation. Die Entwicklung ist auch deshalb so bizarr, weil

die Professoren als die Urheber gezwungen sind, für das Lesen ihrer eigenen Werke zu bezahlen. Die Preismodelle der Verlage sind zu starr und wurden nicht an die digitale Vernetzung angepasst.

Das Publizieren unter Open Access nutzt die Strukturen der Verlage und damit auch den Qualitätssicherungsprozess durch das Peer-Review-Verfahren. Die Forschungsergebnisse werden über Open Access in einem frei zugänglichen und kostenlosen Journal veröffentlicht. Es ist eben nicht so, dass es das schon gibt. Dazu fehlt die gesetzliche Verpflichtung.

Die Journals müssen nun nicht mehr gedruckt werden, was dazu führt, dass auch die Kosten der Vermarktung sinken können. Das Abspeichern in einer Datenbank leistet darüber hinaus einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Umwelt. Die Verlage übernehmen mit diesem Verfahren noch mehr die Rolle als Informationsdienstleister.

Forscher wollen ihre Forschungsergebnisse einer möglichst breiten Leserschaft vorstellen. Das ist nicht anders als beim Bestsellerautor. Wer viel gelesen wird, ist sich etwas wert. Journals, welche in der Vergangenheit hochwertige Forschungsergebnisse präsentiert haben, werden von den Forschern aufgrund des höheren Impact Factors besonders häufig gelesen. Open-Access-Journale hingegen haben noch keine eigene Geschichte renommierter Publikationen. Das wiederum schreckt viele Forscher davon ab, in genau diesen ihre eigenen Ergebnisse zu präsentieren.

Durch die aktuelle Entwicklung, die, wie gesagt, einer Todesspirale gleicht, wird der Ruf unter den Wissenschaftlern nach einer gesetzlichen Regelung immer lauter. Wenn Land oder Bund eine Vorgabe machen, dass alle Forschungsergebnisse über einen Open-Access-Verlag oder entsprechende Journals zu veröffentlichen sind, baut sich der benötigte Impact Factor für Open Access ganz von selbst auf.

Wir haben dazu im Haushaltsverfahren einen Änderungsantrag gestellt, der die Frage des Open Access und dessen Unterstützung vorantreiben soll; denn es brodelt an den Hochschulen. Das ist für jedermann zu sehen, der mit offenen Augen hinschaut. Es gibt also gute Gründe für Open Access.

Dazu ist noch zu sagen: Als Tim Berners-Lee Anfang der 90er-Jahre am CERN in Genf quasi das World Wide Web erfand – darauf können wir, nebenbei bemerkt, stolz sein, denn das WWW ist eine europäische Erfindung, leider verdienen die Amerikaner das meiste Geld damit –, hatte er schon das wissenschaftliche Kommunikationsbeförderungsinstrument Open Access im Sinn. Wenn jetzt, wie letzte Woche verkündet, Präsident Obama eine gesetzliche Regelung für Open Access in den USA vorsieht, sollte uns das Auftrag sein. Wir können nicht in allem den Amerikanern die Vorfahrt über-

lassen, wenn man an das internationale Konkurrenzmodell denkt.

Ich hoffe, wir kommen über diese Frage in der näheren Zukunft noch ins Gespräch, um gemeinsam der publizistischen Realität an unseren Hochschulen Rechnung tragen zu können.

Darüber hinaus möchte ich noch einmal den Appell wiederholen: Unsere Forderungen bezüglich des Haushalts 2013 sind sehr moderat. Liebe Minister, liebe Landesregierung, liebe Fraktionen, liebe regierungstragende Fraktionen, sprechen Sie mit uns. Wir würden es sehr gerne sehen, wenn diese Ideen umzusetzen sind. – Ansonsten herzlichen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schulze.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Einzelplan ist ein ganz klares Bekenntnis des Landes zu mehr Bildungsbeteiligung, zu mehr Chancengerechtigkeit, zu mehr Gleichstellung in der Wissenschaft und zu einer Forschungsstrategie, die die Lösung der großen gesellschaftlichen Aufgaben angeht.

Wir halten Wort. Wir investieren in die Zukunft – erst recht jetzt, da wir den doppelten Abiturjahrgang vor uns haben –, und wir schlagen dem Landtag vor, die Ausgaben für das Forschungsministerium, für das Innovationsministerium um mehr als 11 % zu steigern. Das ist ein historischer Höchststand. Es freut mich, dass auch die Opposition anerkennt, dass es sich bei dem, was wir hier vorschlagen, um eine riesige Leistung handelt.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, die Hochschulen schätzen die Anstrengungen durchaus. In Bayern wird der dortige Minister, Herr Heubisch, schon dafür gelobt, dass er nicht so stark kürzt, wie alle erwartet haben. Dass Sie uns nicht loben, weil wir etwas draufpacken, kann ich verstehen. Aber die Realitäten sollten Sie schon anerkennen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wirklich neu ist – das will ich auch hier festhalten, denn es ist historisch –: Es gibt doch noch zwei Parteien, die für die Studiengebühren sind – das sieht man hier im Landtag –; das sind CDU und FDP. Sie haben damit in ganz Deutschland ein absolutes Alleinstellungsmerkmal. Ob man damit wirklich Wahlen gewinnt, darf ich bezweifeln.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Eines aber wundert mich, und das ist wirklich neu in der Debatte. Deswegen will ich es noch einmal betonen. Wir waren uns eigentlich über alle Fraktionen hinweg einig: Studiengebühren gibt es zur Verbesserung der Qualität der Lehre. Sie fordern hier Studiengebühren, um damit Studienplätze einzurichten. Dafür bräuchten wir Summen von über 10.000 € im Semester. Wenn Sie darauf hinauswollen, dann sagen Sie das hier auch offen!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen dem Handeln der heutigen Regierung und dem, was CDU und FDP gemacht haben.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: So ist es!)

Herr Berger, insofern ist es absolut scheinheilig, wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, in den Wohnheimen seien zu wenig Plätze gebaut worden. – Ja, warum wohl? In Ihrer Regierungszeit haben Sie die Studentenwerke heruntergekürzt. Die konnten doch überhaupt nicht mehr bauen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben den Haushaltsansatz wieder angehoben und ein großes Bauprogramm auf den Weg gebracht.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Aber Sie regieren jetzt drei Jahre!)

– Das ist ein Versäumnis Ihrer Regierungszeit. Ich hielte es für gut, wenn Sie sich dazu bekennen würden.

Es gibt noch einen deutlichen Unterschied, Herr Berger: Sie hatten doch im Kern gar keinen Überblick darüber, ob die Hochschulen wirklich gut auf den doppelten Abiturjahrgang vorbereitet sind. Erst wir haben das entsprechende Monitoring eingeführt. Erst durch dieses Monitoring haben Sie überhaupt die Zahlen, die Sie heute hier vorgetragen haben. Auch hier besteht ein deutlicher Unterschied zwischen dem, was Sie gemacht haben, und dem, was wir tun. Sie haben die Hochschulen im Kern mit dieser Aufgabe alleine gelassen; wir übernehmen dafür Verantwortung, und das ist auch gut so.

(Beifall von der SPD)

Meines Erachtens sollte man sich die Zahlen auch noch einmal im Detail angucken. Für die Ausweitung und die Verbesserung des Studienangebotes stehen Mittel in Höhe von über 1 Milliarde € zur Verfügung, insbesondere eben für die Fortführung des Hochschulpaktes, aber auch für den Ausbau der Fachhochschulen und für das Hochschulmodernisierungsprogramm. Meine Damen und Herren, das ist gut angelegtes Geld.

Frau Freimuth, wenn Sie zuerst sagen, wir rechnen das einmal alles heraus – wir nehmen den Hochschulpakt nicht und auch sonst nichts, was die

Hochschulen zusätzlich bekommen –, und Sie dann monieren, das sei aber zu wenig, um die zusätzlichen Studienanfängerinnen und Studienanfänger aufzunehmen, halte ich Ihnen entgegen: So kann man einfach nicht rechnen. Sie müssen das zusätzliche Geld, das jetzt an die Hochschulen geht, auch wahrnehmen, weil das Geld für eine wichtige Aufgabe ist und es eine enorme Leistung ist, die das Land hier erbringt.

Wir nehmen die Inklusion ernst. Wir steigern die Ausgaben für die Weiterentwicklung der Lehrerbildung. Es gibt mehr Geld für die Förderpädagogik. Hierfür schaffen wir zusätzliche Ausbildungskapazitäten. Wir gehen die Frage der medizinischen Ausbildung in OWL an – auch etwas, was Sie einmal gefordert haben, wovon jetzt aber nichts mehr zu hören ist.

Die Hochschulen haben in 2013 4,4 Milliarden € zur Verfügung. Für Forschung und Lehre in der Medizin gibt es noch einmal 1 Milliarde € dazu. Das ist wirklich gut investiertes Geld; aber es ist auch eine enorme Leistung des Landes.

Meine Damen und Herren, eine solche Investition gibt es natürlich auch in der Forschungsförderung. Es geht doch heute im Kern um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen: Wie gehen wir mit dem Klimawandel um? Wie gehen wir mit der älter werdenden Gesellschaft um? Darauf muss auch ein Land Antworten geben.

Deswegen haben wir die Forschungsstrategie „Fortschritt NRW“ nach vorne gebracht. Diese Forschungsstrategie wird gerade breit diskutiert, und es gibt enorm positive Rückmeldungen. Wir hatten gerade in der letzten Woche einen Kongress mit 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und mit sehr guten Resonanzen. Wir haben es auch im Ausschuss ausführlich diskutiert. Ich halte es für richtig, dass wir eine Strategie entwickeln, wie wir das Geld denn dann wirklich ausgeben wollen.

Herr Berger, Sie haben weiter gesagt, Sie könnten im Haushalt gar nicht erkennen, worin denn nun die Leistungen dieser Regierung bestünden. – Ich trage Ihnen das gerne noch einmal vor. Es gibt nämlich Flaggschiffe, die eigentlich deutlich sichtbar sind und die auch Sie sehen könnten.

Das Institut für Chemische Energiekonversion, das Max-Planck-Institut, das wir jetzt neu nach Nordrhein-Westfalen bekommen, ist eine enorme Leistung, und ich bin stolz darauf, dass wir dieses Institut hierher holen, denn es gehört in ein Energieland.

Wir haben den Petaflop-Hochleistungsrechner am Forschungszentrum Jülich, ebenfalls eine enorme Investition, die uns hier weiterbringen wird.

Wir haben Care, auch etwas Neues. Darüber haben Sie fünf Jahre gesprochen. Wir bringen es hier auf den Weg, weil diese Forschung wichtig ist. Sie haben nur darüber gesprochen, aber nichts getan.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben das INA in Lemgo, das erste Fraunhofer-Anwendungszentrum an einer Fachhochschule, das erste in ganz Deutschland! Sie aber sagen, das sei nichts. Reden Sie doch einmal mit den Leuten vor Ort. Sie können Ihnen deutlich mehr erklären und erzählen.

Die Mittel für die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandortes Nordrhein-Westfalen steigen um 7 %. Angesichts des doppelten Abiturjahrgangs und unserer diesbezüglichen Bemühungen ist dies wiederum eine wirklich enorme Leistung.

Also: Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die zentralen Bereiche dieser Landesregierung. Das belegt auch dieser Einzelplan wieder. Wir sind gut gerüstet für den doppelten Abiturjahrgang, und ich freue mich schon auf die viele Zeit, die wir morgen haben werden, um diese Debatte dann auch hier im Plenum noch einmal führen zu können.

Eine Frage gibt es, bei der CDU und FDP wirklich helfen könnten: Das ist der Hochschulpakt. Wir gehen davon aus, dass Nordrhein-Westfalen – genauso wie Bayern, genauso wie alle anderen Bundesländer – den Aufwuchs, den wir durch den doppelten Abiturjahrgang haben, gemeinsam mit dem Bund finanziert. Wir trauen dem Bund in diesem Punkt, Sie aber offensichtlich nicht. Deswegen wäre es doch hilfreich, wenn Sie einmal mit Ihren Leuten in der Bundesregierung redeten, damit sie vertragstreu sind und auch in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit uns den Aufwuchs des doppelten Abiturjahrgangs bezahlen, statt vertragsbrüchig zu werden. Ich setze darauf; ich hoffe, dass wir zumindest an diesem Punkt Ihre Unterstützung haben. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Einzelplanberatung mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt hierzu in seiner Beschlussempfehlung, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Ich frage, wer dieser Empfehlung Folge leistet. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Piraten, die CDU und die FDP.

(Zurufe von den PIRATEN)

Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2106 angenommen** und der **Einzelplan 06** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Wir holen dann die **Abstimmung** über den eben beratenen **Einzelplan 05** nach und stimmen in diesem Zusammenhang zuerst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2209** ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen Piraten, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die FDP. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den Einzelplan 05 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, diesen Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? Die Piraten, die CDU und die FDP. – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2105 angenommen** und der **Einzelplan 05 verabschiedet**.

Wir stimmen dann über den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2036** ab. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur direkten Abstimmung über den Antrag der CDU. Wer stimmt diesem Antrag zu?

(Jochen Ott [SPD]: Ein Fünftel der CDU! – Unruhe)

– Mir persönlich ist es ein bisschen zu laut. Vielleicht können wir die Lautstärke herunterschrauben.

Die CDU stimmt zu. Wer stimmt gegen den Antrag? – Die Fraktionen der Piraten, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2111 hin und eröffne die Beratung für den

### **Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung**

Für die CDU-Fraktion spricht zuerst der Kollege Kerkhoff.

**Matthias Kerkhoff** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen. Hier in Nordrhein-Westfalen sieht es anders aus. 3,5 Milliarden €